

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Stefan Berger und Mag. Dietbert Kowarik betreffend „schnelleres Sanierungstempo für Wiens maroden Gemeindebau“, eingebracht in der Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2021 am 11. Dezember 2020 zu Post 4

Eine von der FPÖ initiierte Prüfung durch den Rechnungshof bestätigt die seit langem bestehende Kritikpunkte schwarz auf weiß: die Zahl der leerstehenden Gemeindewohnungen stieg zwischen den Jahren 2013 und 2017 von 4.892 auf 8.908. Das ist ein Anstieg von 82 Prozent und bedeutet eine Leerstandsquote von knapp vier Prozent. Laut Rechnungshof würde ein leerstehendes Mietobjekt pro Jahr einen Mietentgang von 4.500 Euro bedeuten.

Eine Empfehlung des Rechnungshofes sieht vor, die Leerstände auf 4.000 zu senken, was einer Halbierung der Quote auf zwei Prozent bedeuten würde. Für Experten eine Zielvorgabe, die nicht allzu schwer zu erreichen ist.

Der RH wies weiters darauf hin, dass die von Wiener Wohnen in den Jahren 2013 bis 2023 geführten bzw. geplanten Sanierungen im Jahresschnitt 3.286 Mietobjekte umfassten, was lediglich 45 % der von Wiener Wohnen angestrebten Sanierungsrate von jährlich rd. 7.300 Mietobjekten entsprach. Durch diese Verzögerungen seien aufgrund der jährlichen Indexierungen mit gravierenden Kostensteigerungen zu rechnen.

Der Bericht enthält auch eine Objektzustandserhebung. Demnach waren neun Prozent der Objekte in einem tendenziell schlechten bis schlechten Zustand, 65 Prozent in einem dem Alter entsprechend guten bis tendenziell schlechten Zustand und lediglich 26 Prozent in einem guten bis dem Alter entsprechend guten Zustand. Unbedingt angeraten wird einen Sanierungszyklus von Gemeindebauten bei 30 Jahren einzuhalten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Vizebürgermeisterin Kathrin Gaal, wird aufgefordert, sicherzustellen, dass

- Der Sanierungszyklus von Gemeindebauten bei 30 Jahren einzuhalten ist.
- Die Leerstandsquote auf maximal 2% und somit max. 4.000 Wohnungen zu senken ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.